

Antrag 101/I/2020**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Steuerehrlichkeit in der Plattformökonomie sicherstellen!**

1 Die moderne Internetökonomie hat zahlreiche Online-
 2 plattformen hervorgebracht, die nicht nur von Millionen
 3 genutzt werden, sondern auch für immer mehr Menschen
 4 eine Einkommensquelle sind. Damit gewerbliche Einkünfte
 5 genauso versteuert werden wie andere Einkünfte, et-
 6 wa aus regulären Arbeitsverhältnissen, brauchen wir eine
 7 Meldepflicht von Plattformen bezüglich der Einkommen,
 8 die über diese Plattformen erwirtschaftet werden. Damit
 9 können wir sicherstellen, dass nicht nur die Ehrlichen ih-
 10 re Steuern zahlen, sondern alle. Zusätzlich erleichtern wir
 11 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler damit das Ausfüllen
 12 ihrer Steuererklärungen, denn sie müssen nur noch die
 13 bereits gemeldeten Informationen kontrollieren.

14

15 Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, sich inter-
 16 national für eine Meldepflicht von Einkommen auf
 17 Onlineplattformen einzusetzen. Ausländische Firmensit-
 18 ze dürfen kein Hindernis für Steuerehrlichkeit sein und
 19 Onlineplattformen keine Steueroasen werden.

20

Begründung

22 Insbesondere in der Sharing-Economy bieten Individuen
 23 zahlreiche Dienstleistungen für andere Nutzerinnen und
 24 Nutzer an. Die Angebote reichen von Übernachtungsmög-
 25 lichkeiten bis zur privaten Autovermietung. Im Gegen-
 26 zug zur Bereitstellung der Dienstleistungen bekommen
 27 die Nutzerinnen und Nutzer steuerpflichtige Einkünfte.
 28 Bisher müssen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die-
 29 se selbstständig erklären. Falls die Einkünfte nicht erklärt
 30 werden, entdecken Finanzämter diese gewöhnliche Wei-
 31 se nur bei Betriebsprüfungen der jeweiligen Onlineplatt-
 32 form Betreiber. Eine Meldepflicht von Einkünften an das
 33 Finanzamt würde sicherstellen, dass nicht nur die ehr-
 34 lichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auf ihre Ein-
 35 künfte Steuern zahlen.

36

37 Als besonders problematisch haben sich bisher Online-
 38 plattformen mit einem ausländischen Firmensitz erwie-
 39 sen, die eine Kooperation mit deutschen Behörden zu ver-
 40 hindern versuchen. Das prominenteste Beispiel ist AirBnB
 41 mit seinem Firmensitz in Irland, das sich gegen Auskunftsan-
 42 fragen von deutschen Behörden mehrfach gerichtlich
 43 gewehrt hat. Eine gesetzliche Mitteilungspflicht würde
 44 diesem Vorgehen ein Ende setzen. Eine international koor-
 45 dinierte Meldepflicht für Onlineplattformen, vorzugswei-
 46 se auf OECD-Ebene, würde die Effektivität der Maßnahme
 47 sicherstellen und erhöhen. In diesem Rahmen könnte si-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die moderne Internetökonomie hat zahlreiche Online-
 plattformen hervorgebracht, die nicht nur von Millionen
 genutzt werden, sondern auch für immer mehr Menschen
 eine Einkommensquelle sind. Damit gewerbliche Einkünfte
 genauso versteuert werden wie andere Einkünfte, et-
 wa aus regulären Arbeitsverhältnissen, brauchen wir ei-
 ne Meldepflicht von Plattformen bezüglich der **Umsätze**,
 die über diese Plattformen erwirtschaftet werden. Damit
 können wir sicherstellen, dass nicht nur die Ehrlichen ih-
 re Steuern zahlen, sondern alle. Zusätzlich erleichtern wir
 Steuerzahlerinnen und Steuerzahler damit das Ausfüllen
 ihrer Steuererklärungen, denn sie müssen nur noch die
 bereits gemeldeten Informationen kontrollieren.

Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, sich inter-
 national für eine Meldepflicht von **Umsätzen** auf Online-
 plattformen einzusetzen. Ausländische Firmensitze dür-
 fen kein Hindernis für Steuerehrlichkeit sein und Online-
 plattformen keine Steueroasen werden.

48 chergestellt werden, dass die Meldepflicht auch bei grenz-
49 überschreitenden Konstellationen von Plattform und Nut-
50 zern reibungslos und schnell funktioniert.